

3. Zu verweigern, sich gegen Streiks verwenden zu lassen.
4. Zu verweigern, einen Gottesdienst mitzumachen.

Henderson stimmte gegen diesen Antrag, der selbst von einem kapitalistischen Reformisten verteidigt werden konnte. Bei Eröffnung der Versammlung stellte sich heraus, daß eine große Zahl Arbeiter dort war, um das Referat Hendersons unangenehm zu machen. Kaum hat der Vorsitzende das Wort ergriffen und den Namen Henderson genannt, und der Radai bricht los. Es knarrenten Wutausbrüche: „Weg mit dem Verräter!“, „Weg mit dem Spion“, „Mörder!“ Darauf gab der Vorsitzende des anwesenden Labourgesangsvereins ein Zeichen, worauf dieser mit seinem Gesang einsetzte. Als Antwort sprang unser Kamerad Aldred auf einen Stuhl und stimmte das „Lied von dem Aufstand“, des ermordeten Connolly an. „Aufstand“ erwies sich stärker und der offizielle Chor wurde von dem revolutionären niedergebrellt. Die Folge davon war, daß Polizisten gerufen wurden, die sich sofort zu Aldred wandten und ihn anforderten, den Saal zu verlassen. Dieser weigerte sich, worauf sie ihn niederrissen und dann hinaus schlepften. Damit war die „Ruhe“ wiederhergestellt. Henderson nahm das Wort, aber schon beim ersten Satz entstand neuer Radai. Wieder Polizisten, ein paar Frauen wurden verhaftet. Dieses Spiel wiederholte sich noch mehrere Male bis nach einer Stunde immer erneut einsetzender Unruhe. Personen verhaftet waren. Darauf stand einer der übrigen Opponenten auf, der seine Genossen aufforderte, als Protest den Saal zu verlassen. Etwa 50 Arbeiter verließen en bloc den Saal, und damit konnte die Versammlung ohne weitere Störung verlaufen. Die revolutionären Arbeiter hatten ihr Ziel also nicht erreicht, die Versammlung wurde nicht gesprengt.

Für Deutschland würde ein solcher Bericht nicht viel Bedeutung haben, solche Versammlungen sind es genug gegeben und gibt es sicher noch. In England ist das anders, es bedeutet eine solche offene Rebellion der Arbeiter gegen die offiziellen Führer, daß die theoretische Scheidung aus den Führerkreisen in die Massen eindringt. Daß die Arbeiter dann eine entscheidende Sprache sprechen, spricht sicher nicht zu ihrem Nachteil. Wir können es nur begrüßen, wenn es zur Selbstverständlichkeit wird, daß Verräter an der Arbeiterklasse nicht in Arbeiterversammlungen sprechen dürfen. In diesem Sinne zeigt auch das Vorkommnis in Glasgow, daß die englischen Revolutionäre an der Arbeit sind.

Holland

Die holländische Sozialdemokratie und ihre linke Strömung.
Die Agrarfrage.

Die holländische sozialistische Bewegung hat immer stark unter deutschem Einfluß gestanden, das Vorbild der großen „erfolgreichen“ SPD, und der deutschen „freien“ Gewerkschaften galt als absolut. So ist es begreiflich, daß in den Jahren 1918-23, als die Probleme der „Sozialisierung“ auf der Tagesordnung standen, diese auch von der holländischen SDAP, ins Studium genommen wurden. Es entstand eine Kommission, welche die Zukunftsmusik der Sozialisierung komponierte. Sie hat ihr Kunstwerk im „Sozialisierungsrapport“ verewigt.

Besonders war die Komposition der Hymne an die „Sozialisierung der Landwirtschaft“. Die Schwierigkeit liegt hier eben darin, daß die Entwicklung der Landwirtschaft in Bezug auf die Konzentration des Kapitals ganz anders verlaufen ist, als in der Industrie. In der Industrie immer größere Knotenpunkte von Produktion mit zentraler Vermögensgewalt, in der Landwirtschaft Konzentration des Kapitals, sondern Erhaltung, bis heute noch ein weiteres Vordringen des Kleinbesitzes. So einfach die Sozialisierung der Industrie für diese Leute ist, die Sozialisierung nur als Verstaatlichung mit staatlicher Vermögensgewalt betrachten, so schwierig erscheint sie in der Landwirtschaft, weil bei ihnen nur die „reifen“ Betriebe, d. h. solche, die in die staatlich-zentrale Vermögensgewalt eingetriedet werden können, für „Vergesellschaftung“ in Betracht kommen.

Die Auflösung dieses schwierigen Problems ist denn auch ein Verlegenheitsprodukt. Der „Rapport“ besagt, daß die bäuerlichen Großbetriebe an den Staat übergehen sollen und der Kleinbesitz in Privatbesitz verbleibt, bis „das steigende Proletariat“ auch auf dem Lande die Bedingungen für allgemeine „Vergesellschaftung von Grund und Boden“ herbeigeführt hat. Eines wird aber ausdrücklich erwähnt: „Die Lage der kleinen Bauern ist durch Pachtbesitz nicht zu verbessern, sondern ist nur durch die Sozialisierung zu beheben.“

Dies ist die sogenannte Theorie (und was für eine!), dann aber kommt die Praxis. Man muß bei den kommenden Wahlen auf den Bauernlang; darum erscheint als grundlegende Forderung ein „... rechtliches Pachtgesetz“.

Hier setzen die Linken mit ihrer Kritik ein. Sie decken den Widerspruch in Theorie und Praxis auf, verlangen die Propaganda für die Theorie der SDAP, und wollen die Sozialisierung als zentralen Punkt der Wahlpolitik auf dem Lande. Dabei sind sie freundlich darauf hinzuweisen, daß die „Praxis“ der offiziellen Partei nur durch den Ministerialsozialismus diktiert wird. Die Linken zeigen sich hier als Wächter der Theorie, sie wollen sich nicht durch zeitliche Scheinerfolge von ihren Zielen abbringen lassen.

Da mit die Linken die Sozialisierung der Landwirtschaft in den Mittelpunkt ihrer Forderungen stellen, machen wir darauf aufmerksam, daß die Sozialisierung, so wie sie dieselbe sich denken (Sozialisierung der „reifen“ Betriebe), hier nichts anderes ist, als Verstaatlichung der Großbetriebe, wenn auch unter dem Schein von Selbstverwaltung). West- und Mitteleuropa haben aber überwiegend Klein- und Mittelbauern, und diese werden von der „Sozialisierung“ unberührt gelassen, d. h. praktisch bleiben Dinge in der Landwirtschaft beim alten. Diese Lösung der Agrarfrage ist keine Lösung, diese Sozialisierung der Landwirtschaft ist eine Phrase.

Wir werden später noch zeigen, wie in dieser Auffassung die Eigenart der Entwicklung der Agrarwirtschaft völlig verkantet wird. Vorläufig nur einige Bemerkungen über die Sozialisierung im Allgemeinen.

Einer der ersten Köpfe der deutschen Sozialdemokratie ist eschick genug zu schreiben, daß Marx diese „moderne“ Auffassung von der Sozialisierung nicht teilte, — nicht der Staat, sondern eine Verbindung der freien Assoziation der sozialistischen Gesellschaft soll den Wirtschaftsprozess regeln (siehe H. Cunow, Die marxistische Geschichts-Theorie, Band I, S. 399). Die allgemeine Strömung, welche die „Vergesellschaftung“ mit einer „Verstaatlichung“ identifiziert, ist nur das Produkt des Reformismus, als sozialpsychologische Erscheinung der Aufwärtbewegung des Kapitalismus. Es ist zu befürchten, daß seine verkehrte Wirkung aus auch noch durch die Hölle des Staatskapitalismus gehen läßt.

Der alte Wilhelm Liebknecht hat dies schon erwidert, wenn er auch nicht sehen konnte, wie die Sozialdemokratie selber von Kapitalismus angezogen wurde. In einem Referat über „Staatssozialismus und revolutionäre Sozialdemokratie“ führte er aus:

„Je mehr die bürgerliche Gesellschaft einseht, daß sie sich auf die Dauer nicht gegen den Ansturm der sozialistischen Ideen verteidigen kann, desto näher sind wir auch dem Momente, wo der Staatssozialismus in vollem Ernst proklamiert werden wird, und der letzte Kampf, den die Sozialdemokratie zu kämpfen hat, wird ausgefochten werden unter dem Schilde: „Die Sozialdemokratie — die Staatssozialismus!“ (Cunow, S. 340.)

Wie alle marxistischen Lösungen durch die Aufstiegsperiode des Kapitalismus zu spießbürgerlicher Reformpolitik wurden, so geschah es auch mit der „Sozialisierung“ der Produktion, mittel und des Grund und Bodens. Die Sozialisierung, so wie Sozialdemokratie und Gewerkschaften sie wollen, führt zwangsläufig zum Faschismus, zur Beherrschung und Ausbeutung der Massen, sei es auch in anderen Formen, als im „freien“ Kapitalismus.

Für die soziale Revolution gibt es keine „reifen“, oder noch nicht „reifen“ Betriebe, sondern ist die kommunistische Gesellschaft als Ganzes „reif“. Nicht der Staat „vergesellschaftet“, sondern die Produzenten. Durch ihre Betriebsorganisationen, regeln sie den Wirtschaftsprozess, und zwar nach dem Maß der auf jedes Produkt, oder jede Leistung verwendeten Arbeitszeit. Nicht der Staat, sondern die Assoziation der Betriebs-Organisationen sind die Gesellschaft, und eben durch deren exakte Zeitberechnung hat ein Staat in der Produktion und Verteilung als solche nichts zu suchen. Allerdings erscheint der Staat anfänglich noch, aber für jeden klar und deutlich, als Unterdrückungsapparat zur Niederhaltung der Konterrevolution.

(Schluß folgt.)

Neue sozialistische Partei in Holland.

Ende Februar wird hier eine neue „revolutionär-sozialistische Partei“ gegründet von dem linken „sozialdemokratischen“ Gewerkschaftler Stenhaus und seinem Berufsbruder von „LANS, Sneevliet. Der Programmwurf läuft mit dem der „MAS“, von der SDAP, parallel.

Tschechoslowakei

Wohin geht der Marsch?

Eine Charakterisierung der Gruppe Neurat in der KPC. Bekanntlich gab es wegen der verschiedenen Abweichungen der KPC, und wegen der Politik der Zentrale einen offenen Brief und eine Parteiforderung. In dieser Diskussion bildeten sich verschiedene Richtungen, die aber alle behaupten hinter dem offenen Briefe zu stehen.

Immerhin gab und gibt es eine Gruppe, die eine scheinbar linke Stellungnahme einnimmt. Es ist die Gruppe des ehemaligen Trotzkisten Neurat.

Ihre Stellungnahme erweist sich aber von Tag zu Tag mehr opportunistisch und ihre Einstellung zu der Streikpolitik der Gewerkschaften und zur „Einheitsfront“ verstoßt gegen das Moskauer Gebot, daß Stalin am 31. Weltkriegsgebot sein Volk erhebe. Sie ähneln der Brandiergruppe wie ein Ei dem anderen. Kurz und gut sie marschieren unter dem Deckmantel linker Phrasen zur Sozialdemokratie. In Komintern befindet sich zwar auf demselben Wege, aber sie macht das mit dem Takt und nicht so überstürzt wie diese Hitzköpfe, die wohl bald am längsten Moskauer Brot recken haben werden.

Drum raub ihnen Reichtum in der Komintern, lernt daraus eins: Ihr kommt schon zur Sozialdemokratie, aber bis dahin Geduld und keine Ueberlele.

Polen

Die Lage des polnischen Proletariats unter dem Pilsudski-Regime.

Die Wirtschaftspolitik der polnischen Regierung ist darauf gerichtet, den Kapitalismus vor allem auf der Grundlage eines starken landwirtschaftlichen Kleinbesitzes (Großbauern und Großgrundbesitzer) zu stabilisieren. Die Stärkung der Landwirtschaft wiederum soll erreicht werden durch Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse (Genehmigung der Getreideausfuhr, durch Erzwungener Parzellenverteilung und Regelung der Bodenbesitzverhältnisse) und durch Gewährung von Krediten an den Großgrundbesitz. Diese Politik wird von der Pilsudski-Regierung im engen Einvernehmen mit den Vertretern der Industrie betrieben, weil die wirtschaftliche Stärkung des Großgrundbesitzes (der Großgrundbesitzer und Großbauern) der Absatzmarkt der polnischen Industrie erweitert, so der Metallindustrie (landwirtschaftliche Maschinen), der chemischen Industrie (kaufliche Dingenmittel) und der Textilindustrie (1927 z. B. war am Lodzer Textilmarkt das Großunternehmen der Hauptkäufer). Die Produktion wurde auf Kosten der Arbeiter verbilligt, d. h. durch ununterbrochene Steigerung der Intensität der Arbeit (Rationalisierung), Verlängerung des Arbeitstages, niedrige Löhne, Abbau der Sozialversicherung usw.

Die Regierung läßt es aber auch nicht an einer direkten Unterstützung der Industrie fehlen. Sie unterstützt die Industrie insbesondere durch staatliche Aufträge. Als eine unerwartete, sehr wertvolle Unterstützung der polnischen Wirtschaft und der Außenhandelsbilanz Polens erwies sich der Streik der englischen Bergarbeiter von 1926. Der polnische Kohlenbergbau erweiterte nicht nur die Förderung und den Export, sondern eroberte auch einen erheblichen Absatzmarkt, so besonders den skandinavischen Kehlmarkt, wo Polen heute mit England konkurriert. Von 1926 bis 1928 herrschte in der polnischen Industrie Hochkonjunktur. Die Kohlenförderung erhöhte sich im August 1928 gegenüber 1926 von durchschnittlich monatlich 288 Millionen Tonnen auf 341 Millionen Tonnen, die Eisenproduktion von 326.631 Tonnen (Januar-Juli 1927) auf 391.189 Tonnen (Januar-Juli 1928), die Stahlproduktion in derselben Zeit von 710.836 auf 773.922 Tonnen. Der Verbrauch pro Kopf von zahlreichen Waren nahm von 1927 zu, hauptsächlich der Verbrauch von Kohle und Eisen. Auch die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter stieg in derselben Zeit wesentlich, blieb jedoch hinter dem Wachstum der Produktion zurück — eine für die kapitalistische Rationalisierung überhaupt charakteristische Erscheinung. Im Zusammenhang mit der Konjunktur verringerte sich ebenfalls die Zahl der Arbeitslosen von 190.600 im Mai 1927 auf 84.000 im September 1927. Die Belebung der Industrie wirkte sich gleichfalls auf die Zunahme der „produktiven“ Einfuhr, wo Polen heute mit Einfuhr von Maschinen und Rohstoffen. Immerhin bleibt die Frage der Aus- und Einfuhr die schwache Seite des Stabilisierungsplans der polnischen Regierung. Tatsächlich kann man feststellen, daß nach der vorübergehenden Konjunktur besonders im Kohlenbergbau, die Gesamtzahl der Ausfuhr sinkt, während die Einfuhr wächst. Seit April 1927 nimmt die Passivität der Handelsbilanz ständig zu (im ersten Halbjahr 1928 betrug das Passivsaldo 500 Millionen Zloty). Nur mit Hilfe der

amerikanischen Anleihe zu sehr schweren Bedingungen ist es der Regierung gelungen, die polnische Valuta auf der Dollarbasis von 8:14 zu stabilisieren. Neben des Exportschwierigkeiten hat die polnische Industrie besonders die Textilindustrie in der letzten Zeit auch mit Absatzschwierigkeiten auf dem Innenmarkt infolge der gesunkenen Kaufkraft der arbeitenden Massen zu kämpfen. Es macht sich eine Überproduktion bemerkbar, vornehmlich in der Textilindustrie. Alle diese Schwierigkeiten der polnischen Wirtschaft, die 1928 zeichener 1927 in einer bestimmten Hemmung des Entwicklungstempes der Industrie und hauptsächlich auf die Lage der Arbeiterklasse aus, zeigen die das Kapital die Offensive verstärkte.

Das charakteristische Merkmal der kapitalistischen Rationalisierung — die Verbilligung der Produktion nicht so sehr durch technische und organisatorische Vervollkommnung, als durch verstärkte Ausbeutung der Arbeiterklasse, — tritt in der polnischen Industrie noch stärker zutage als in der Industrie irgend eines anderen Landes. Mit besonders barbarischen Methoden wird die Textilindustrie rationalisiert. Die Weber bedienen nicht mehr zwei, sondern vier und sogar sechs Webstühle, was bei der geringen Qualität des Gespinnstes einen richtigen Raubbau am Nervensystem des Arbeiters bedeutet. Wo automatische Webstühle eingeführt sind, werden zwölf solcher Webstühle von einem Arbeiter und einer Hilfskraft bedient. Mit steigender Arbeitsproduktivität wird die Leistungsnorm erhöht und der Akkordpreis gesenkt. So hat die Firma Ponsanski in Lodz im Sommer dieses Jahres einigen Arbeitern den Lohn um 20 bis 25 Prozent gesenkt (das war die Hauptursache des Konfliktes in der genannten Firma, der mit einem polizeilichen Blutbad unter den Arbeitern endete). Als allgemeine Erscheinung kann festgestellt werden, daß die Arbeiter bei Umstellung des Betriebes, d. h. Verringerung des Personalums der Webstühle, eine entsprechende Löhnerhöhung forderten. Das war ebenfalls eine der Forderungen im letzten Streik der polnischen Textilindustrie.

Eine bemerkenswerte Auswirkung der Offensive des Kapitals auf der Linie der „Rationalisierung“ und die sogenannten „Straftabellen“, die in den Betrieben ein unmenschliches Regime aufrichten. Nach diesen Tabellen ist das Händewaschen, der Besuch der Klosetts normiert. Wer sich die Hände häufiger und länger als drei Minuten aufwäscht, muß Strafe zahlen. Die Tabellen sind auf Grund eines Regierungserlasses ausgearbeitet, so daß es sich hier um eine vereinbarte Offensive des Kapitals und der Regierung handelt. Daher war der Streik der Lodzer Textilarbeiter, der am 17. September in Verbindung mit dem erwähnten Erlaß ausbrach und bis zum 22. September dauerte nicht nur ein Kampf gegen das Kapital, sondern auch gegen die arbeiterefeindliche Gesetzgebungsmaschine der Regierung.

In der Bauindustrie wird die Rationalisierung ebenfalls verstärkt durchgeführt. Die Kohlenbarone haben bei achtstündiger Arbeitszeit gegenüber dem Zehnstundentag vor dem Kriege eine Steigerung des Arbeitsvertrages um 11,5 Prozent erreicht. Ebenso sind die Verhältnisse in den anderen Industrien. Andererseits hat die Rationalisierung wie überall auch in der polnischen Industrie als Begleiterscheinung eine Abnahme der Zahl der beschäftigten Arbeiter häufig um 30 bis 35 Prozent und eine gestiegene Produktivität gebracht. Entlassen wurden Personalums der alten Arbeiter. In der Sprache der Industriellen nennt sich das „Verjüngung der Belegschaft“, bedeutet aber hauptsächlich den Ersatz der erwachsenen Arbeiter durch die billigeren Arbeitskräfte der Frauen und Jugendlichen.

Die Unternehmer benutzen den Abbau ebenfalls, um die Betriebe von den aktiven Elementen der Arbeiterklasse zu säubern, von den Vertrauensleuten, überhaupt von all den Arbeitern, die sich während der Konflikte durch ihre revolutionäre Gesinnung hergetrieben haben. Diese Fälle kamen besonders vor in der Textilfabrik in Lodz, in der Metallindustrie Warschau, in den Gruben von Dombrowa, in der Lebensmittelindustrie und in den Sägewerken der Westküste und Weißrusslands. Diese Politik der Unternehmer, die sie systematisch verwirklichen, wird von den polnischen Arbeitern mit Recht der „wirtschaftliche Terror“ genannt. In vielen Fällen verstehen es die Arbeiter, den Vorstoß der Unternehmer abzuwehren. Bei vielen Zusammenstößen wird stets die Widerstandslinie der arbeitenden Massen gefordert. Die Methode der Unternehmer gegenüber den wirklichen Entlassungen ist die, daß sie gern eine Entschädigung im Betrage von mehreren Monatslöhnen zahlen, um sich von den ihnen unerwünschten Elementen zu befreien. Das Kapital will sich wiederstellen die alten Arbeiter. Die Arbeiter sichern die sich der Rationalisierung technisch angepaßt haben und — „zuverlässig“ sind.

(Schluß folgt.)

Organisatorische Mitteilungen

Für den Preisfondes folgen ein: O. F. Wrietzen, 1.—Mk. Brandes, 2. Bez., 25.— Mk., Schmidt, 3. Bez., 25.— Mk., Kraft, 4. Bez., 20.— Mk., Weiß, 17. Bez., 20.— Mk., Hederich, Essen, 1.60 Mk.

Hamburg-Einblättel

Dies für den 12. Februar angesetzte Versammlung findet schon am 11. Februar statt. Lokal: Bellinghof, Ecke Oster- und Schwenckestraße. Thema: Was lehren die letzten Streiks? Der Arbeitsausschuß.

Groß-Berlin

Freitag, den 22. Februar 1929, pünktlich 20 Uhr. Allgemeine Mitgliederversammlung der Partei „Andreassfestale“, Andreasstraße.

Wichtige Tagesordnung

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung“

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Geschäftsstelle, Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name: _____

Ort: _____

Straße: _____

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Tietz, Berlin N. Jägerstraße 20, bei Krest. Drucker: Nr. Arbeiter-Literatur, W. Isidorow, Berlin O 17.

10. Jahrg Nr. 7

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, auch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur“, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 16. Februar 1929

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. I. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2.50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2.10 und monatlich 0.86 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Hinter den Kulissen

Trotz Wintersport und Arbeitslosen-Elend hat die Republik ihren Karneval gefeiert. Nürrische Abende haben die sozialdemokratischen Ministerlinge über den Jammer der breiten Volksmassen getöstet. Sie haben das Elend der Arbeitslosen so intensiv begriffen, daß sie die Krisenrisikoforderungen ihrer eigenen Partei als zu weitgehend empfanden und ablehnten. Es dauerte sie nur der Geduldeten des Kapitals, über dessen Ausstaben sie mit der Verantwortung tragen. Tod den Erwerbslosen. Leben für das Kapital ist ihre Parole. Selbst die zentrumsgläubigen Arbeiter sprechen von den sozialdemokratischen Kapitalisten. Das Zentrum bewilligt den Erwerbslosen die Mittel, die sozialdemokratische Lakaienzeit verweigern zu müssen gläubig. Die Sozialdemokratie will um jeden Preis beweisen, daß sie nicht kapitalistischer als die Partei des katholischen schwerindustriellen Kapitals. Klöcker contra Wiesel ist Kickerer über Wiesel.

Das Zentrum geht auf der Regierung Hermann Müller in dem Augenblick, als aus dem losen Zusammenspiel eine enge Koalition werden soll. Es scheint die Verantwortung für das „Notjahr“ 1929, für die Neuregelung der Reparationslasten, für die kommende blutige Unterdrückung der Arbeiterschaft, für die notwendige steigende Ausbeutung des Proletariats durch weitere Herabsetzung des Reallohn, Es verzichtet auf die Ministerposten, auf die „Republikanismus“ der Reichsämtler durch seine Mitglieder. Die Sozialdemokratie teilt mit den Demokraten die Ehre, die Regierung der deutschen Republik zu bilden. Pest und treu bleiben sie auf ihren Posten. Sie lieben-fest wie Pech und lassen sich nicht ausrichten. Hindenburg, der Vater der Bürgerblockregierung, deckt ihren heldenhafte Eitelkeit, allein auf weiter Flur zu sein. Er kann sich auch keine besseren Schwächler für Deutschlands neuen Imperialismus denken als die panzerkreuzerbewilligte völkerbefreiende internationale Sozialdemokratie. Die erwarteten Herren Hermann Müller, Severing, Hilferding und Wiesel sind wirklich ein glückliches vierblättriges Kleeblatt. Eine Seltenheit, die man suchen muß.

Der brave Mann, der gute Sozialdemokrat, fragt sich mit Entsetzen, warum reißt sich „unser“ Parteivorstand so danach, für alles kommende Elend verantwortlich zu zeichnen? Er versteht den Sinn der Liebe zu den Ministerseßeln nicht. Die Antwort macht ihn stutzig. Die Republik ist in Gefahr. Die Ministerseßel auszugeben, die Koalitionsregierung unmöglich zu machen, bedeutet den Sieg der „Reaktion“. Der Stahlhelm steht marschbereit, er wartet nur auf das Signal zum Angriff. Die Bürgerblockregierung ist der Krieg mit Frankreich, ist das Ende der „Verständigungspolitik“. Sie bedeutet die Ablehnung der Reparationen, die Kündigung der Auslandskredite, das Aufliegen der ach so herrlich stabilisierten Wirtschaft. Damit marschiert Hand in Hand das Elend der Arbeiterschaft. Die Republik, der Schutz und Hort des arbeitenden Volkes, fällt. Der Stahlhelm bereitet schon den Volksentscheid, Republik oder Monarchie, vor. Er hat den Zeitpunkt geschickt auf die Zeit nach Abschluß der Reparationsverhandlung gelegt, um eine breite Unterlage für seinen Feldzug gegen die Republik zu haben. Bürgerblockregierung bedeutet den freien Aufmarsch der reaktionären Truppenmassen. Die Sozialdemokratie halte deshalb die Republik für genau so gefährdet wie im Herbst 1923 zur Zeit des drohenden Marsches von Hitler in Berlin. Sie müsse deshalb auch die deutsche Wirtschaft zusammenhalten. Deshalb sei es auch insbesondere notwendig, mit jedem Pfennig zu rechnen, — eine Inflation mit ihren Folgen zu vermeiden. Die Bourgeoisie wolle Vabanque spielen. Die Sozialdemokratie setze für Ruhe und Ordnung. Schütze die Republik und damit die Zukunft der Arbeiterschaft.

Aus diesen Argumenten ersieht man das Maß des Heroismus der vier Ministerlinge. Sie kleben nicht etwa, nein sie retten die Republik und Hindenburg unterstützt sie dabei. Taper nehmen sie den Fluch der Millionen auf sich, die unter der schweren Faust des deutschen Kapitals ächzen. Sie werden das Reparationsabkommen decken und die jahrelangen Tributzahlungen noch als sozialdemokratisch. Erfolg preisen. Sie werden ein Trommelfeuer von Verbindlichkeitsklärungen, von Schiedssprüchen auf die Arbeiterschaft niederprasseln lassen. Nachdem sie dann die Arbeiterschaft niederkartetscht haben, werden sie den Sieg der Republik feiern. Ihr einziger Bundesgenosse ist das Bank- und Handelskapital, dessen Repräsentant die demokratische Partei ist. Diese Kapitalgruppe hat das stärkste Interesse an einer möglichst selbstlosen Regierung, der „Reparationsregierung“. Sie ist am stärksten mit dem Weltmarkt und der Weltwirtschaft verbunden.

Die Sklavenhalter in Paris

Vor einigen Wochen schnarrte die aufgeregte „öffentliche Meinung“ aufdringlich aus dem Zeitungspapier. Parker Gilbert, der Reparationsagent, hat in seinem letzten Bericht über die deutsche Wirtschaft sinngemäß ungefähr folgendes bekannt gegeben: Die Gläubiger Deutschlands gebe es eigentlich nichts an, wieviel Arbeiter umkommen. Das liegt eben so im System. Aber das deutsche Kapital hat sich ganz nett herausgemacht, meinte er. Milliarden könnten gespart werden an dem kostspieligen Verwaltungsapparat. Und die Summen für Panzerkreuzer und sonstige militärische Zwecke muß man doch auch „abribig“ haben, sonst wären sie ja nicht da. Und außerdem wären die Dividenden im großen und ganzen immer noch ganz nett ausgefallen. Und überhaupt müsse man nicht ernstlich an Schuldentilgung denken, die Zeit des Schuldentilgungens ist vorbei. Das hat der Mann gesagt, der deswegen da ist, um nach dem Rechten zu sehen, damit ein verschuldeter Gauner nicht zumunsten der skrupellosen Geldverleiher und Gläubiger beliebige Schiebungen vornimmt; wenigstens so man hier und da hört, daß alle Harmlosigkeit, mit der man hier schwindeln möchte, nichts nützt. Und er hat es außerdem auch gerade teilt gesagt, damit die Harmlosen auf der bevorstehenden Reparations-Konferenz in Paris wissen sollen, daß alles Lamentieren und alles Geschrei nicht nur nichts nützt, sondern außerdem noch von Schaden sein kann. Und das hat auch gehalten. Ganz still ist es geworden im deutschen Blätterwald. Die gelährten Büttel sind nach der Sachverständigen-Konferenz getrotzt, und erwarten dort das Urteil, gegen das es keine Reklamation gibt. Was soll dort verhandelt werden?

Sämtliche alliierte Regierungen verlangen von Deutschland die Aufbringung der von ihnen an die Vereinigten Staaten geschuldeten Summen. Frankreich und Belgien darüber hinaus noch einen Betrag für die Kosten des Wiederaufbaues. Die deutsche Schuld wird also voraussichtlich in zwei Teile zerlegt werden, von denen der eine zur Deckung der interalliierten Schuld, der zweite als Entschädigung für die zerstörten Gebiete bestimmt sein wird. Der Gegenwertswert wird von den Sachverständigen auf etwa 19 Milliarden berechnet und dafür wäre eine Reduktion nur zu erwarten, wenn Amerika sich zu einem Nachlaß seiner Forderungen an die europäischen Schuldner bereit finden würde.

Damit ist aber, wenigstens für die nächsten Jahre, kaum zu rechnen. Frankreichs Kosten für den Wiederaufbau betragen etwa 16 Milliarden, die Belgiens sind zum größten Teil durch seine Priorität auf die früheren deutschen Zahlungen bereits gedeckt. Infolgedessen dürfte die endgültige deutsche Kapital-schuld auf den Betrag von 30 bis 32 Milliarden kommen. Wie hoch in Zukunft die deutschen Jahresraten sein werden, hängt von der Dauer der Zahlungen und von der Höhe des Diskontsatzes für die eventuelle Frühzahlung ab.

Das deutsche Kapital hat natürlich das größte Interesse daran, eine endgültige Regelung herbeizuführen, um die Arme frei zu bekommen für eine Disposition, die nicht von einem Gläubiger, von dem man gar nicht weiß, wieviel man ihm schuldet, über den Haufen geworfen wird. Es will durch endgültige Festlegung der Gesamtrepationssumme und der zu leistenden Raten eine ihm lästige Kontrolle loswerden, nicht nur im wirtschaftlichen Sinne, sondern auch die politische „Unabhängigkeit“ steht auf der Tagesordnung.

Und deswegen war auch das Geschrei von wegen der „Armut“ Deutschlands. Solange das deutsche Kapital Kredite gebraucht, ließ es sich von dem Reparationsagenten gern beschleichen, daß der Aufstiege der deutschen Wirtschaft einfach „fabelhaft“ ist. Nun es natürlich aus Zahlen geht, sieht der arme Mann, der gern zahlen möchte und nicht kann, mit dem weiteren Gesicht da und bettelt, man möge ihm doch wenigstens die letzte Ziege nicht nehmen.

Eine Sabotage der Reparationsverpflichtung würde für sie den Zusammenbruch oder zumindest außerordentlich starke Verluste bedeuten. Die Stabilität der deutschen Währung wäre dann gefährdet. Dies würde sich besonders bei der Rückzahlung auswärtiger Kredite auswirken, im Gegensatz zum Bank- und Handelskapital ist das schwerindustrielle Kapital nicht in so erheblichem Maße an einer Reparationsregulierung interessiert. Es rechnet immer noch wie im Jahre 1923 mit der „Reparationsregulierung“ Rheinland-West-

Das Proletariat darf sich von diesem gerissenen Spiel der kapitalistischen Gauner untereinander nicht irremachen lassen. Der Reichtum des Kapitals hat zum Gegenpol die steigende Ausbeutung des Proletariats. Das Reparationsproblem ist nichts anderes, als der Versuch, das durch den Krieg zerstörte „Gleichgewicht“ wieder herzustellen. Das Proletariat hat Blut und Leben, eine ganze Generation hingegeben, hineingeworfen in den Hexensabbath einer „Ordnung“, in der der Irrsinn als Heldentum proklamiert wurde; und soll nun die „moralische Pflicht“ auf sich nehmen, eine weitere Generation auf dem „Schlachtfeld der Arbeit“ umbringen zu lassen, damit entsprechend dem gesteigerten Kapitalprofit das Loch ausgefüllt wird, das Berge von Leichen nicht auszufüllen vermochten. So lehren es die Herren Sozialdemokraten und Gewerkschaften, und der „Vorwärts“ hat im Moment nur eine Sorge: keine Regierung! Keine massiv „untermerauerte“ Regierung mit durchschlagender Autorität! Das deutsche Kapital legt auch hier eine „Verantwortungsmosikette“ an den Tag, die bei der Stampfpartei „ehriches“ Entsetzen auslösen muß.

Das Proletariat jedoch muß wissen, daß die Sorgen parlamentarischer Kreits nicht seine Sorgen sein dürfen. Hinter der „Unabhängigkeit“ des Kapitals lauert die Elendbegründung zur Rüstung für den „Platz an der Sonne“. Die Panzerkreuzerpartei läßt keinen Zweifel darüber, daß sie der Republik zu geben gewillt ist, was der Republik ist, — einen Kaiser haben wir nicht mehr. Aber wenn Gott, der durch seine Diener mit dem Konkordat winken läßt, verweigert die Panzerkreuzerpartei um der Ministerseßel willen nicht den Tribut; und die „Linke“ sorgt mit radikalem Getöse für die Einheit der Partei, in der die Proletariat der Gefangenen wird gewordener Patrioten bleiben müssen, weil sie sich gegen den Apparat nicht wehren können.

So kann dann zur schnelleren Begleichung der Kriegsschuld die Rationalisierung von neuem angekurbelt werden, zu den Millionen der Arbeitslosen kommen Millionen hinzu, um der „moralischen Pflicht“ willen. Ueber die Kriegstrübsale hinaus sind die Zinsen für die gemachten Schulden fällig, und darüber hinaus das Tempo der Kapitalanhäufung, das einen erfolgreichen Konkurrenzkampf garantiert. Folgt das Proletariat den Rattenfängerweisen parlamentarischer Spekulanten auf proletarische Dummheit, spielt es die Rolle des Esels, der hinter dem Heubüdel herumt, das man ihn in die Deichsel gebunden hat, ist diese Politik erfolgreich, ist die Garantie der Ausbeutung bis zum Weißbluten, bis zum völligen Erschöpfung gehen.

Aber es liegt in der harten Dialektik der wirklichen Entwicklung, daß die Arbeitermassen durch diese Politik immer von neuem von der dadurch geschaffenen sich verschärfenden Katastrophe wachgerüttelt werden, bis sie endlich begreifen, daß das Proletariat mit dem Kapitalismus nichts, auch gar nichts mehr gemeinsam zu „regeln“ hat. Die „Wiedergutmachung“ des Proletariats muß darin bestehen, zu begreifen, wieviel es selbst versäumt hat, daß es die wahren Schuldigen, die kapitalistische Ordnung und die Nutznießer dieser Ordnung, nicht auf den Schindanger der Geschöchte warf, und so erst die Voraussetzungen schuf für die Möglichkeit gesellschaftlicher Arbeit, zum Nutzen aller arbeitenden Menschen, nicht zum Nutzen des Profits. Den Sachverständigen der internationalen Sklavenkönige, die sich in Paris versammelt haben, um darüber zu beraten, wie man noch besser Riemen an der Haut der Sklaven schneiden kann, hat das Proletariat zu erklären: Auch wenn Eure „Schweigepflicht“ noch so wichtigend aus allen Beobachtungen grinst: Was für das Proletariat auf dem Spiel steht, ist für klassenbewußte Arbeiter kein Geheimnis. Daß das Maß einmal voll wird, dafür werden die großen Schweizer selbst sorgen. Die Rechnung, die das Proletariat zu präsentieren hat, steht noch aus. Sie wird nicht von Pappé sein!

Alles diese Gräueltaten des Bourgeoisie als opportunist erscheinen, der Sozialdemokratie nach außen die Verantwortung zu falens vom Reiche und der etwaigen Angliederung an das französische Kapital. Deshalb legt auch das Zentrum kein Gewicht auf eine Beteiligung an der Regierung. Söldlich bildet die Ausnutzung der verantwortlichen Übernahme der von neuem geregelten Reparationslasten durch die Sozialdemokratie eine Stärkung der politischen Posten der Bourgeoisie.

Alles diese Gräueltaten des Bourgeoisie als opportunist erscheinen, der Sozialdemokratie nach außen die Verantwortung zu

